

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

Niedersachsen im Corona-Winter
Regierungserklärung des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
vor dem Niedersächsischen Landtag am 22. Januar 2021
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

dies ist nun die erste Regierungserklärung im neuen Jahr und ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, Ihnen für den Rest dieses Jahres herzlich alles Gute zu wünschen, ganz persönlich und politisch. Alles Gute wünschen wir gemeinsam auch unserem Land Niedersachsen, das sich am Anfang des neuen Jahres exakt in derselben Lage wiederfindet wie am Ende des vergangenen – nämlich inmitten der größten Herausforderung, die es in den letzten Jahrzehnten gegeben hat.

Zu meinen Wünschen gehört auch einer, der uns alle verbindet: Möge das Jahr 2021 nun wirklich das letzte Corona-Jahr bleiben, mögen wir in den nächsten Monaten die Pandemie hinter uns lassen, mögen wir Schritt für Schritt wieder in unser normales Leben zurückkehren können!

Bis dahin liegt noch viel Arbeit vor uns. Aber anders als über viele Monate hinweg haben wir jetzt auch eine ganz konkrete Perspektive, wie es wieder besser werden wird. Das ist für mich das Entscheidende!

Anrede,

wo stehen wir? Am Anfang des Jahres war diese Frage mit ausgeprägten Unsicherheiten verbunden. Wir hatten die Festtage hinter uns und wussten nicht, ob sie auch neue Probleme mit sich bringen würden. Wir hatten unsichere Infektionszahlen, weil viele Arztpraxen geschlossen und Testlabore ihre Arbeit eingeschränkt hatten. Wir wussten nur eines – die offiziellen Zahlen waren besser als die Realität.

Mittlerweile hat sich die Situation deutlich aufgehellt. Wir erleben seit einigen Tagen einen inzwischen doch recht stabilen Abwärtstrend bei den Neuinfektionen, das gilt bundesweit

und das gilt bei uns in Niedersachsen. Unser Inzidenzwert lag gestern bei 97,4 – vor anderthalb Wochen lag er bei 125.

Das ist gut, kann aber nicht eine bittere Erkenntnis verschweigen: Die Zahl der Sterbefälle beträgt mittlerweile über 2.900 und ist gerade seit Ende Dezember in eine Höhe geschneit, die bei uns allen Betroffenheit auslöst.

Es handelt sich um keine Entwicklung, die auf Niedersachsen beschränkt ist, das gilt für die Infektionen ebenso wie für die Sterbefälle. Allerdings bleibt auch nach den vergangenen Wochen die Feststellung richtig, dass Niedersachsen jeweils deutlich besser abschneidet als der Bundesdurchschnitt.

Dazu haben gewiss auch die politischen Entscheidungen über einen Shutdown beigetragen, die gerade im Dezember noch einmal deutlich verschärft worden waren. Anders ausgedrückt: Die Entscheidungen waren schmerzhaft, aber richtig. Vor allem den Bürgerinnen und Bürgern gilt ein Dankeschön fürs Mitmachen. Das ist entscheidend!

Und dies sei auch noch hinzugefügt: Die Lage im Gesundheitswesen unseres Landes ist unverändert durch ein hohes Aufkommen gekennzeichnet. Weil dies aber in anderen Ländern noch viel dramatischer ist, haben wir in den letzten Wochen auch Patienten aus Thüringen übernommen. Und natürlich möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich herzlich bei allen zu bedanken, die gerade über die Festtage alles Erdenkliche getan haben, um die Gesundheit vieler Patientinnen und Patienten zu erhalten und ihr Leben zu retten. Herzlichen Dank!

Anrede,

soweit, so gut bis hierhin, könnte man meinen, aber vielleicht kennen Sie das amerikanische Sprichwort: „Wenn du Licht am Ende des Tunnels siehst, bedenke, es könnte der nächste Zug sein!“.

Ebenfalls über den Jahreswechsel sind wir mit schrecklichen Bildern aus Großbritannien konfrontiert worden, ebenso aus Irland. Inzwischen wissen wir, dass die riesigen Infektionsausbrüche dort wohl auf eine Mutation des Coronavirus zurückzuführen sind, die zwar nicht unbedingt gefährlicher, aber wesentlich ansteckender als das bislang dominierende Virus ist und so zu einem explosionsartigen Anstieg der Infektionen geführt hat.

Was heißt das für die Situation bei uns in Deutschland und in Niedersachsen? Wie sieht es bei uns aus?

Die ernüchternde, ehrliche Antwort lautet derzeit: Die britische Mutation ist auch in Deutschland und Niedersachsen angekommen, aber wir wissen nicht, in welchem Umfang und in welcher Dynamik sie bei uns bereits vorkommt. Das ist mehr als unbefriedigend, denn gerade jetzt sind diese Informationen dringend nötig. Der Bund baut derzeit bundesweit mit hohem Tempo eine entsprechende Untersuchungsstruktur auf. Auch in Niedersachsen sind wir über das Landesgesundheitsamt und das Laves sowie unsere Universitätsklinika an diesen Anstrengungen beteiligt.

Es wird aber noch mindestens bis Anfang Februar dauern, so die Wissenschaft, bis belastbare Erkenntnisse für Deutschland vorliegen.

Anrede,

die wesentliche politische Schlussfolgerung aus dieser Situation lautet, dass wir trotz sinkender Inzidenzwerte in den nächsten Wochen sogar noch vorsichtiger sein müssen. Das ist kein Widerspruch, das ist derzeit nun einmal die Lage. Wir dürfen nicht in eine Falle tappen.

Anrede,

in dieser Sichtweise stimmen der Bund und die Länder überein, wie wir in unserer Konferenz am Dienstag festgestellt haben. Deswegen muss der Shutdown fortgesetzt werden, deswegen muss auch der bisherige Katalog von Maßnahmen noch einmal ergänzt werden.

Dabei geht es im Wesentlichen um drei Bereiche.

Die Bundesregierung wird mit einer Verordnung eine Pflicht zum Homeoffice und zum mobilen Arbeiten vorsehen, wo immer dies möglich ist. Ein Rechtsanspruch auf Homeoffice ist damit nicht verbunden. Die Verordnung tritt am Mittwoch in Kraft.

Im Bereich von Handel und ÖPNV – zweitens – besteht künftig die Verpflichtung, mindestens eine medizinische Maske zu tragen. Gegenüber den meisten Stoffmasken ist damit noch einmal eine wesentlich bessere Schutzwirkung verbunden.

Im Bereich von Schule und Kindertagesstätten gelten die bisherigen Beschlüsse fort, allerdings haben wir eine restriktivere Handhabung miteinander vereinbart. Das ist sicher das schwierigste Thema, das wir zu besprechen hatten. Es geht um die Abwägung von Infektionsschutz und Kindeswohl. Auch Schule und Kita sind Teile der Gesellschaft und müssen deswegen ihren Beitrag zur Kontaktreduzierung leisten. Und andererseits ist gerade bei den

Kleinen der Schulbesuch und der Kontakt zu anderen Kindern von besonders großer Bedeutung. In beiden Fällen handelt es sich um wichtige Anliegen, deswegen fällt die Abwägung auch schwer.

In Niedersachsen sind die Kindertagesstätten bereits geschlossen und die Notbetreuung wird nur in einem überschaubaren Umfang in Anspruch genommen. An den weiterführenden Schulen und Berufsbildenden Schulen wird derzeit – mit Ausnahme der Abschlussklassen – nur Distanzunterricht angeboten. Eine Ausnahme bilden die Abschlussklassen, die im Wechselunterricht sind.

Damit verbleibt für eine restriktivere Handhabung im Sinne unserer Beschlüsse nur die Grundschule. Bekanntlich hatten wir uns in dieser Hinsicht für den Wechselunterricht entschieden, also halbierte Klassen. Dabei bleibt es auch, allerdings mit einer wichtigen Ergänzung: Die Befreiung von der Präsenzplicht. Viele Eltern machen sich derzeit Sorgen und sollen sich nicht gezwungen fühlen, ihre Kinder zur Schule zu bringen. Viele andere Eltern legen demgegenüber größten Wert auf den Schulbesuch ihrer Kinder und sollen sich auch mit gutem Gewissen entscheiden können.

Am Ende wissen die Eltern am besten, was gut ist für ihre Kinder, das ist jedenfalls in aller Regel der Fall. Wir sind überzeugt, das gilt gerade auch für diese besondere Situation.

Bereits vor dem MPK-Beschluss waren in Niedersachsen etwa 75 Prozent aller Schülerinnen und Schüler im Distanzlernen und müssen damit zugleich auf einen Großteil ihrer sozialen Kontakte verzichten. Das nehme ich als Problem ernst und bedauere diese Folge des Infektionsschutzes sehr. Zugleich ist es beeindruckend, zu sehen, mit welchem ungeheuren Engagement in den Bildungseinrichtungen unter diesen Bedingungen für die Kinder gearbeitet wird. Unsere Bildungseinrichtungen haben sich bis jetzt herausragend bewährt – herzlichen Dank für diese Arbeit!

Diese Regelungen gelten bis Mitte Februar. Am Ende des Schulhalbjahres werden wir eine Zwischenbilanz ziehen und danach das weitere Vorgehen klären. Ich hoffe sehr, dass wir für das zweite Schulhalbjahr dann unter dem Eindruck eines ruhigen Infektionsgeschehens auch wieder zu längeren Planungsvorläufen für die Schulen und Kindertagesstätten gelangen können, vor allem aber auch zu mehr Normalität für Kinder und Jugendliche.

Anrede,

es sind keine grundsätzlichen Änderungen, es ist eine sinnvolle Ergänzung von Maßnahmen, mit denen wir jetzt die Schutzvorkehrungen weiter verbessern. Flächendeckende Ausgangssperren oder noch strengere Kontaktregelungen sind vor diesem Hintergrund verzichtbar.

Alle diese Maßnahmen, wir müssen nicht darum herumreden, sind für viele Bürgerinnen und Bürger eine spürbare persönliche Belastung. Über die gesellschaftlichen Schäden hatte ich im Zusammenhang mit dem Besuch von Schulen schon gesprochen, aber auch die wirtschaftlichen Schäden steigen mit jeder weiteren Shutdown-Woche weiter an. Wirtschaftsverbände kündigen für die nächsten Monate eine Insolvenzwelle an und warten auf versprochene Hilfen. Auch das ist in der Bund-Länder-Konferenz zur Sprache gekommen. Der Bund wird insbesondere die sogenannte Überbrückungshilfe III noch einmal überarbeiten, die Voraussetzungen erleichtern und die Förderung erhöhen. Als Landesregierung werden wir sehr sorgfältig darauf achten, dass sich diese Zusagen gerade auch in Form von schnelleren Abschlagszahlungen ausdrücken. Und wir tun alles dafür, dass die durch das Land vorzunehmende Auszahlung der abschließenden Bewilligung der November- und Dezemberhilfen anschließend sehr schnell erfolgt. Wirtschaftsminister Bernd Althusmann setzt alles daran – im Interesse der niedersächsischen Wirtschaft.

Anrede,

das sind die nächsten Schritte der Pandemiebekämpfung und unser Ziel ist klar: So schnell wie nur möglich wieder einen Inzidenzwert von 50 und darunter zu erreichen.

Gleichzeitig muss man kein Prophet für die Aussage sein, dass auch in Anbetracht dieser aktuellen Entscheidungen die Opposition eine nachhaltige Strategie zur Pandemiebekämpfung verlangen wird.

Nun ist die Forderung nach einer nachhaltigen Strategie natürlich immer und unter allen Umständen richtig. Schwieriger ist es, diesem großen Anspruch tatsächlich zu entsprechen. Und besonders schwierig ist es dann, wenn sich ein dynamisches und unberechenbares Virus keinen politischen Planungen unterwirft. Ich verweise noch einmal auf die Mutation aus Großbritannien und die damit verbundenen Risiken.

Anrede,

lassen Sie mich die wesentlichen Bausteine erläutern, auf denen die Herangehensweise der Landesregierung beruht.

Das Fundament ist der Impfschutz. Es ist sicher sehr wünschenswert, aber am Ende nicht realistisch, auf eine Ausrottung des Virus zu setzen. Wir sind keine dünnbesiedelte Insel, sondern ein bevölkerungsreicher Staat im Herzen Europas, mit viel Austausch über Ländergrenzen hinweg.

Realistisch ist es dagegen, dass alle Bürgerinnen und Bürger persönlich und damit auch die Gesellschaft insgesamt geschützt ist. Daraus ergibt sich die zentrale Bedeutung der Entwicklung und Nutzung von Impfstoffen gegen das Virus. Wir erleben in dieser Hinsicht eine beispiellos schnelle und breite Entwicklung von Impfstoffen weltweit. Beteiligt sind daran übrigens auch wissenschaftliche Institutionen und Unternehmen aus Niedersachsen.

Auf dieser Grundlage ist es jetzt bereits gelungen, neuen Impfstoffen die Zulassung zu erteilen, und eine Reihe weiterer Zulassungsanträge stehen an oder liegen vor. Nach der Zulassung folgen die Produktion und Lieferung. Genau an dieser Stelle haben wir es derzeit leider mit einem echten Engpass zu tun. Bislang sind in Niedersachsen über 120.000 Menschen das erste Mal geimpft worden, in den nächsten Tagen und Wochen erfolgt die Zweitimpfung. Es handelt sich vornehmlich um besonders gefährdete Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und die dort und in den Kliniken Beschäftigten.

Gerne würden wir schnell und flächendeckend damit fortfahren, aber dazu ist derzeit der Impfstoff zu knapp. Um weitere Impfungen vornehmen zu können, brauchen wir dringend und zuverlässig mehr Impfstoff.

Leider sind die Lieferketten eben noch nicht so stabil wie dies zugesagt worden ist. In der nächsten Woche beispielsweise werden wir 40 Prozent weniger Impfstoff erhalten als zunächst angekündigt. Auch in der übernächsten Woche sind Reduzierungen zu erwarten. Das alles sorgt natürlich dafür, dass wir längst nicht so schnell vorankommen, wie dies notwendig ist.

Dennoch: Etwa 42 Prozent der Heimbewohnerinnen und -bewohner sowie des Pflegepersonals in diesen Einrichtungen wurden bereits geimpft. In diesen Tagen findet die zweite Impfung statt, um den vollen Schutz zu haben. Das bringt schon einmal eine ganze Menge Sicherheit im System. Bis Mitte Februar wollen wir alle Mitglieder dieser besonders verletzlichen Gruppe impfen, sofern dazu die Möglichkeit besteht.

Genügend Impfstoff ist natürlich auch die Grundlage für die Arbeit in den Impfzentren. Vorgehen ist eine dezentrale Organisation in unserem großen Flächenland mit 50 Impfzentren, die zunächst über 80-jährige Bürgerinnen und Bürger impfen sollen. Die organisatorischen

Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Vorhaben laufen, stehen aber selbstverständlich ebenfalls unter dem Vorbehalt, dass es auch Impfstoff gibt.

Ein erster Schritt ist die Information der über 80-jährigen Menschen in unserem Land. Dazu hat es bereits reichlich Diskussionen gegeben. Um es noch einmal festzuhalten: Die Information erfolgt zweigleisig. Zentral werden Briefe von Gesundheitsministerin Carola Reimann an die infrage kommenden Seniorinnen und Senioren mit Hilfe der Daten eines Dienstleisters übermittelt, parallel dazu soll auch ein Schreiben der Kommunen unter Nutzung der kommunalen Meldedaten versandt werden. Es geht also nicht um „entweder oder“, sondern um ein „sowohl als auch“. Die notwendigen Informationen sollen möglichst schnell erfolgen, aber eben auch vollständig auf Grundlage der Melderegister.

Auch ansonsten müssen wir realistisch bleiben. Nach den Erfahrungen, die inzwischen eine Reihe von Ländern gemacht haben, ist auch weiterhin damit zu rechnen, dass es immer wieder einmal zu Kritik, Unzulänglichkeiten oder auch Pannen kommt. Die schnelle und gründliche Impfung einer ganzen Gesellschaft ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Allerdings ist es auch ein Vorhaben, an dessen Ende buchstäblich Millionen von Menschen ganz persönlich zunächst erreicht und dann geimpft werden müssen. Perfekte und komplett fehlerfreie Abläufe wird es dabei immer wieder einmal nicht geben – wenn ich einmal diese Prognose stellen darf. Also: Bleiben wir realistisch.

Realistisch ist allerdings auch die Perspektive dieser Impfkation. In diesen Tagen beginnen die Zweitimpfungen und zeitgleich erfolgen in dieser Woche erstmals Impfungen auf der Grundlage des Moderna-Impfstoffes. Damit sind nun zwei Impfstoffe in der praktischen Anwendung und je nach Lieferungen werden wir die Ergebnisse der Impfstatistik noch wesentlich steigern können.

Vor allem aber setzen wir auch große Hoffnungen auf noch weiter folgende Zulassungen. Für Ende des Monats wird eine Zulassung des Präparates von AstraZeneca erwartet. Das ist in zweierlei Hinsicht ein wichtiges Datum: Zum einen handelt es sich um einen Impfstoff auf der konventionellen Produktionsweise, die hoffentlich auch größere Liefermengen zulassen wird, und zum anderen handelt es sich um einen robusten Impfstoff, der im Kühlschrank gelagert werden kann. Das macht in der Umsetzung vieles leichter. Je schneller und je mehr ein solcher Impfstoff zur Verfügung steht, desto schneller wird unsere gesamte Gesellschaft das Virus in den Griff kriegen.

Das ist die eigentliche Perspektive dieses Jahres: Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, allen impffähigen Menschen in Deutschland bis zur Jahresmitte ein entsprechendes

Angebot zu unterbreiten. Das ist ambitioniert, aber wir sind fest entschlossen, dass Niedersachsen seinen Anteil an diesem Vorhaben mit großem Engagement leistet. Eine geimpfte Gesellschaft muss vor dem Virus keine Angst haben – das ist unser Ziel.

Anrede,

parallel dazu werden kontinuierlich die Schutzvorkehrungen für bestimmte Bereiche verbessert. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen:

In den Alten- und Pflegeheimen besteht eine Testpflicht für die Beschäftigten, die künftig täglich getestet werden, soweit die Bewohnerinnen und Bewohner nicht geimpft sind. Die Testpflicht besteht selbstverständlich auch für Besucherinnen und Besucher. Die Heime bekommen die Tests auch vom Bund bezahlt. Was die Beschäftigten angeht, bin ich im Übrigen guter Dinge, dass die Impfbereitschaft immer noch weiter stetig zunehmen wird. Wir erleben in dieser Hinsicht jedenfalls wesentliche Fortschritte.

Und ein weiteres Beispiel: Die Schulen und Kindertagesstätten haben in den vergangenen Monaten durch ihren Einsatz zum Hygieneschutz für gute Verhältnisse in ihren Einrichtungen gesorgt. Die Landesregierung hat mit zwei Programmen und insgesamt 45 Millionen Euro auch die Grundlage für weitere Maßnahmen dieser Art geschaffen. Da geht es um Masken, um Spuckschutz-Vorrichtungen, um Luftreinigung und vieles mehr. Parallel dazu wollen wir mit einem Testangebot für Lehrkräfte und das Kita-Personal auch in dieser Hinsicht das Sicherheitsgefühl in den Bildungseinrichtungen stärken. Die Einzelheiten hierzu werden wir zügig festlegen.

Anrede,

Ein weiterer Baustein sind die jeweiligen Rechtsvorschriften, mit denen wir während der Pandemie die notwendigen Entscheidungen umsetzen. Die „Corona-Verordnung“ hat inzwischen einen beachtlichen Bekanntheitsgrad.

Ich kann sehr gut verstehen, dass die unterschiedlichsten Beteiligten sehr gerne wüssten, wann es für sie denn nun unter welchen Bedingungen weitergehen soll? Dieses Bedürfnis war im Frühjahr die Grundlage für einen Stufenplan, mit dem wir damals Schritt für Schritt die anstehenden Lockerungen in einem transparenten System vorgenommen haben.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist diese Aufgabe wesentlich schwieriger. Es ist nämlich beides denkbar, eine Verbesserung ebenso wie eine Verschlechterung der Situation. Die Diskussionen um die Mutationen, über die ich bereits gesprochen habe, bringen das sehr präzise auf den Punkt. Die Entscheidungen werden sich am Ende an der Lage orientieren

müssen, nicht umgekehrt. Und manche Entwicklung, wie zum Beispiel die Mutation, führt dazu, dass die Basis von Entscheidungen immer wieder neu hinterfragt werden muss.

Unter diesen Bedingungen arbeiten Bund und Länder und arbeiten wir innerhalb der Landesregierung an entsprechenden Konzepten. Wenn der Meinungsbildungsprozess hierzu abgeschlossen ist, werden wir Sie selbstverständlich unterrichten.

Und schließlich ein letzter Baustein: Die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Schäden durch die Pandemie sind gewaltig, das gilt für die unterschiedlichsten Bereiche. Im vergangenen Jahr hat der Landtag hierzu umfassende Hilfsprogramme beschlossen, die in unserer Landesgeschichte einzigartig sind. So gut wir können und soweit es irgend vertretbar ist, wollen wir den Betroffenen zur Seite stehen und unseren Teil dazu beitragen, dass in und nach der Pandemie auch wieder eine Erholung eintritt, bei den jeweiligen Gruppen ebenso wie in Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Auch das ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit in diesem Jahr.

Anrede,

es sind diese vier Bausteine, die das Vorgehen der Landesregierung in der Pandemie strategisch begründen: Impfen, Schutzkonzepte, allgemeine Regeln und Hilfsprogramme. Aber gleichzeitig muss ich den Kolleginnen und Kollegen der Opposition eine nüchterne Wahrheit übermitteln: Die nachhaltige Strategie zur Pandemiebekämpfung, die auch Ihren hohen Ansprüchen entspricht, konnte meines Wissens noch keine Regierung in Deutschland und Europa vorlegen. Jeder Plan wurde bisher von der Wirklichkeit ein- und überholt. Gegen eine Pandemie gibt es kein Patentrezept, aber viele gute Ansätze, die wir in Niedersachsen gezielt, abgestimmt und konsequent verfolgen.

Anrede,

lassen Sie mich zum Schluss kommen. Dieser Winter ist eine ganz besondere Herausforderung in unserem Kampf gegen das Coronavirus. Das wussten wir vorher und die letzten Wochen haben uns darin bestätigt. Es ist eben noch ein langer Weg, bis wir das Coronavirus hinter uns lassen und wieder normal leben können.

Auf diesem Weg sind wir aber spürbar vorangekommen. Vergleichen wir einmal die Infektionszahlen in den anderen EU-Ländern mit denen in Deutschland. Fast alle anderen europäischen Länder hatten in der Zwischenzeit katastrophale Infektionsausbrüche zu verkraften, von denen wir in dieser Form bis jetzt zum Glück verschont geblieben sind. Der Shutdown mit all seinen Einschränkungen reduziert unser aller Lebensqualität, er sorgt jeden Tag für

neue Schäden in ganz unterschiedlichen Teilen unserer Gesellschaft, aber er ist auch Basis für die Überwindung dieser Krise und die Fortschritte in den nächsten Monaten.

Das ist und bleibt der beste Weg für uns alle, ist er auch noch so beschwerlich: Jetzt mit aller Macht die Infektionszahlen herunterzubringen, sie danach niedrig zu halten und zeitgleich den Schutz unserer Gesellschaft immer weiter voranzutreiben.

Daran arbeiten wir, daran arbeiten unzählige Menschen in unserer Gesellschaft. Uns verbindet der Wille durchzuhalten und uns herauszuarbeiten aus dieser Krise.

Es gibt etliche Statistiken, die ich ungern lese. Über eine habe ich mich allerdings kürzlich sehr gefreut. Eine Umfrage am Jahresanfang hat nach dem Vertrauen in politische Institutionen in den einzelnen Bundesländern gefragt. In Niedersachsen hat es eines der besten Ergebnisse unter den sechzehn Ländern gegeben, eine breite Mehrheit in unserer Bevölkerung hat unverändert Vertrauen in die Landesregierung und die Landespolitik. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich. Eine solche Rückmeldung ist für uns auch Ansporn, weiter intensiv an der Überwindung der Corona-Krise bei uns in Niedersachsen zu arbeiten.

Anrede,

eingangs habe ich uns gewünscht, 2021 möge das letzte Corona-Jahr sein. So belastend die Situation derzeit ist, so hoch die Schäden in allen möglichen Bereichen sind, wir legen jetzt gerade die Grundlage dafür, den Kampf gegen einen unsichtbaren und hartnäckigen Gegner zu gewinnen. Nutzen wir diese Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren, nutzen wir sie alle zusammen. In diesem Sinne noch einmal: Ich wünsche uns ein gutes und gesundes Neues Jahr.